

Ewald Hetrodt

„Mehr Freiheit wagen“ – Zum 50. Geburtstag der Politischen Meinung

Im Jahr 1985, also noch in den keineswegs nur ruhmreichen Anfängen der Ära Kohl, zeichnete Ludolf Herrmann, der damalige Chefredakteur der *Politischen Meinung*, ein Porträt des Bundeskanzlers, dessen Konturen an manchen Stellen in ihrer Schärfe überraschten. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen sei neu erweckt worden, hielt Herrmann fest und sah die Ursache dafür in der „patriotischen Leidenschaft des Kanzlers“. Er erinnerte daran, dass Kohl in der Vergangenheit ein regelmäßiger Besucher der DDR, insbesondere der Landstriche gewesen sei, aus denen seine Frau stamme. „In allen Aspekten der deutschen Frage ist er erkennbar persönlich engagiert, was sich auch in einer fast sentimental Zuneigung zur alten Reichshauptstadt ausdrückt.“ Auch den Europäer Helmut Kohl nahm Herrmann klarer und früher wahr als manche seiner Zeitgenossen. Die Europapolitik habe schon ein Stück ihrer Faszination zurückgewonnen, meinte er. „Die Bundesrepublik hat wieder ein europäisches Klima, die Bevölkerung spürt, daß der Kanzler politisch ganz und gar in einem europäischen Horizont existiert. Für ihn ist Europa keine technische Aufgabe, sondern ein persönliches Desiderat.“ Es folgt ein Satz, der intellektuelle Redlichkeit mit großem Vertrauen in die eigenen analytischen Gaben verbindet: „Die Erfolge honorierten diesen Einsatz noch nicht.“ Als

Kohls Engagement mit der Wiedervereinigung und mit der gemeinsamen europäischen Währung tatsächlich belohnt wurde, lebte Herrmann schon nicht mehr.

Die Arbeiten am neuen Grundsatzprogramm der CDU bieten der *Politischen Meinung* die Chance, unübersehbare Signale ihrer intellektuellen Vitalität zu setzen: indem sie als Forum der intellektuellen Auseinandersetzung über die christlich-demokratischen Leitideen von morgen dient. Das klingt viel langweiliger, als es tatsächlich ist. Denn die unausweichlichen und manchmal quälenden Kompromisse in der großen Koalition verlocken doch dazu, den großen Wurf wenigstens schon einmal in der Theorie zu wagen.

Dies gilt vor allem für die Familienpolitik, das ureigene Thema der Union. Nachdem die seit langem absehbaren Fragen der Demografie bei der Formulierung des Grundsatzprogrammes der CDU aus dem Jahr 1994 noch kaum eine Rolle spielten, ist es gegenwärtig en vogue, den Geburtenrückgang zu beklagen, und es ist sogar erlaubt, ihn mit der Familienpolitik zu verknüpfen.

Als „Mutter des Humanvermögens“ und „Supermutterpowertochter“ hat die *Tageszeitung* Ursula von der Leyen charakterisiert, und *Der Spiegel* regt sich künstlich auf: „Diese Frau nervt.“ Manche mag das plötzliche „Sonnenseitenlächeln“ blenden, nachdem sie sich über lange Jahre hinweg an die Gesichter von Renate Künast und Claudia Roth gewöhnt haben. Tatsächlich provozieren

dürfte sie aber wohl vor allem die Tatsache, dass die gegenwärtige Ministerin neben Beruf und Ehemann noch sieben Kinder hat.

Die Entdeckung des Christian Wulff ist ein echter Coup: Mit der Tochter des früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht erheben nun ausgerechnet die Konservativen den Anspruch, ein Leitbild gesellschaftlicher Modernität vorzustellen. Und sie präsentieren eine Art Prototypen, der sich sogar als politisches Fotomodell eignet. Dass sie auf dem richtigen Weg ist, lässt sich schon daran erkennen, dass *Der Spiegel* sie auf einem „Kreuzzug“ sieht. Nebenbei wirft er ihr allen Ernstes vor, ihr Haus als „Querschnittsministerium“ zu betrachten. Tatsächlich verfolgt sie damals eine auch in den Ländern längst nicht mehr strittige Konzeption, die ebenfalls schon zu einem frühen Zeitpunkt in der *Politischen Meinung* entfaltet wurde: In der ersten Hälfte der neunziger Jahre plädierte der frühere Abteilungsleiter im Bundesfamilienministerium, Max Wingen, in einer Reihe von Aufsätzen dafür, nicht nur die Maßnahmen seines Hauses, sondern die Politik aller Ressorts regelmäßig daraufhin anzuschauen, wie sie sich auf Familien mit Kindern auswirkte.

Wenn die CDU die Familienpolitik als eine solche Querschnittsaufgabe ernst nimmt, wird sie beispielsweise die von Einzelnen immer wieder gern erhobene

Forderung, den Kündigungsschutz zu lockern, nicht aufrechterhalten. Das Arbeitsrecht läuft in der Praxis darauf hinaus, dass bei notwendigen Entlassungen zunächst einmal den jungen, ungebundenen und mobilen Arbeitnehmern gekündigt wird. Für sie ist es relativ einfach, eine neue Stelle zu finden. Die Arbeitnehmer mit vielen Kindern hingegen haben große Chancen, ihren Arbeitsplatz zu behalten. Die mit einem Punktesystem objektivierte Sozialauswahl verpflichtet den Arbeitgeber, bei seinen Entlassungen wenigstens in begrenztem Umfang Rücksicht auf die existenziellen Interessen der Familien zu nehmen. Sie ist ein gut begründbares juristisches Instrument, dessen familienpolitische Komponente noch nie so wichtig war wie in diesen Zeiten. Darum erstaunt die Selbstverständlichkeit, mit der manche Unionspolitiker sich in ein und derselben Talkrunde sowohl für eine kinderfreundliche Gesellschaft als auch für die „Lockung“ des Kündigungsschutzgesetzes aussprechen.

Ursula von der Leyen stößt mit ihren Vorstellungen aber nicht nur in der SPD, sondern auch in der CDU auf Widerstand. An solchen Stellen beginnt die Herausforderung für die *Politische Meinung*. Richtig spannend wird sie, wenn Redaktion und Autoren sich in ihren Diskussionsbeiträgen das Leitmotiv der Bundeskanzlerin zu Herzen nehmen: „Mehr Freiheit wagen!“

Spielräume einrichten

„Eine Familienpolitik, die den Eltern Freiräume lassen will für die Verwirklichung unterschiedlicher, sehr wohl gleichberechtigungsorientierter familialer Lebensmuster, hat auch ökonomisch möglichst gleiche Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die Eltern zwischen unterschiedlichen Betreuungsformen wählen können.“

Max Wingen in *Die Politische Meinung*, Nr. 323/Okttober 1996.